



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Berlin, 07.03.13

## **Internationaler Frauentag: SPD fordert Gleichstellung**

*In der Anlage finden Sie den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion für eine gradlinige Gleichstellungspolitik (Drs.17/12487) und das Plenarprotokoll der BT-Debatte am 01.03.2013*

Seit über 100 Jahren wird am 8. März der Internationale Frauentag begangen - Grund genug für den Bundestag, dieses wichtige Thema am 1. März auf der Grundlage des Antrages der SPD-Bundestagsfraktion breit zu diskutieren. Gefordert wird in dem Antrag, per Gesetz für Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben zu sorgen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein fasst zusammen:

**„Vieles hat sich getan, aber echte Gleichstellung mit fairen Löhnen und einer gesellschaftlich abgesicherten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch lange nicht erreicht. Aus meiner knapp 30-jährigen politischen Erfahrung weiß ich, dass man als Frau immer etwas kompetenter und engagierter sein muss als männliche Kollegen, um die eigenen Positionen durchsetzen zu können. Frauen erzielen bei uns für vergleichbare Arbeit immer noch skandalöse 22 Prozent weniger Einkommen als ihre männlichen Kollegen - damit ist Deutschland im Verhältnis zum Rest Europas Entwicklungsland! Und das, obwohl sich der Bundestag schon vor zwölf Jahren mit den Spitzenverbänden der privaten Wirtschaft auf eine 'freiwillige' Vereinbarung mit genau diesem Ziel geeinigt hatte, Chancengleichheit in der Privatwirtschaft durchzusetzen. Das Ergebnis fiel bereits vor Jahren ernüchternd aus und untermauerte die Notwendigkeit gesetzlicher Vorgaben: Die Vereinbarung hat bis heute keine nennenswerten Fortschritte gebracht - eher im Gegenteil. Zwar sind heute etwa 15 Prozent mehr Frauen berufstätig als noch vor zwanzig Jahren, doch leider verbirgt sich hinter dieser Entwicklung nur eine Verdrängung der arbeitenden Frauen aus der Vollzeit- in die Teilzeitbeschäfti-**

gung. Zwei Drittel aller Minijobber sind Frauen – und das wirkt sich nicht nur auf die Löhne aus: Jede dritte Frau arbeitet im Niedriglohnsektor – von den Männern tun das nur 12 Prozent. Altersarmut ist weiblich - diese Erkenntnis hat die Rot-Grüne Regierung 2002 bewogen, die Grundsicherung als Rechtsanspruch einzuführen. Aber seitdem explodiert die Zahl derjenigen, die von ihrer Rente - aufgrund ihres schlecht bezahlten Jobs - nicht leben können und auf Grundsicherung angewiesen sind. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um Frauen. Diese Ungerechtigkeit darf nicht länger von breiten Bevölkerungsschichten akzeptiert werden!“

Denn Fakt ist: Frauen sind im Durchschnitt mit besseren Ergebnissen überdurchschnittlich gut ausgebildet im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen - und bleiben dennoch in Führungspositionen stark unterrepräsentiert.

Dazu Hagedorn: „**Wir wollen als SPD die stufenweise Einführung einer gesetzlichen Frauenquote von 40% für Vorstände und Aufsichtsräte in börsennotierten und mitbestimmten Wirtschaftsunternehmen, nachdem zwölf Jahre lang Lippenbekenntnisse der Wirtschaft in Deutschland keine erkennbaren Fortschritte gebracht haben.**“

Menschen in Arbeit müssen die Möglichkeit haben, neben dem Beruf auch ihrem Familienleben nachzugehen - für Bettina Hagedorn seit Jahrzehnten eine Schlüsselfrage:

Hagedorn: „**Aufgrund immer noch zu unflexibler, qualitativ guter Betreuungsmöglichkeiten ist es für Alleinerziehende häufig fast unmöglich, Beruf und Familie „unter einen Hut“ zu bringen und so ein eigenständiges Einkommen zu erzielen, das ihre Existenz mit den Kindern sichert. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs ab dem 1. August diesen Jahres sind wichtige Schritte, die die SPD durchsetzen konnte. Denn ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuung für die Kleinsten bis ins Schulalter trägt zur Armutsprävention bei – nur eine Erwerbstätigkeit verhilft Frauen und Männern zu einer eigenständigen Existenzsicherung. Wenn in Deutschland anklagend von Kinderarmut gesprochen wird, dann blenden viele aus, dass Kinderarmut immer Armut der Eltern bedeutet – und das sind besonders oft alleinerziehende Mütter. Diese Herausforderung erfolgreich zu bewältigen ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben für unser Land.**“